Protokoll der Delegiertenversammlung vom 25. Oktober 1997 in Brunnen SZ

Tagespräsident: Beat Ming

Dauer: 12.30 - 18.00 Uhr

1. Begrüssung

Elena Hinshaw-Fischli begrüsst die Delegierten im Namen der Grünen Kanton Schwyz. Der Kanton Schwyz sei zwar sehr grün, für grüne Politik aber ein hartes Feld. Basisbewegungen im Kanton, aber auch schweizerische Unterstützung mit der Rothenthurm- und der Alpen-Initiative geben den Grünen Kraft für die politische Arbeit.

Der scheidende Präsident Hanspeter Thür dankt dem Sekretariat, dem Vorstand, der Fraktion und der ganzen Versammlung für die Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren. Nach den Sitzverlusten in den Nationalratswahlen 1995 habe die Partei mit grossem Einsatz die Unterschriften für die Tandem-Initiativen gesammelt und sich damit politisch zurückgemeldet. Hanspeter Thür betont, dass die Grünen in vielen Themen - Gentechnologie, Landwirtschaft, ökologische Steuerreform, Flexibilisierung des Rentenalters, bilaterale Verhandlungen, Quoteninitiative usw. - gut positioniert sei. Er fordert die Partei dazu auf, mit einer Politik des radikalen Realismus den Problemen auf den Grund zu gehen, gleichzeitig aber auch Teilschritte auf dem Weg zum Ziel zu realisieren. Eine wirkungsvolle, grüne Reformpolitik, wie sie auch Grüne in Deutschland, Frankreich oder Italien vertreten, müsse konkrete Reformen durchsetzen und dazu die heutigen Mehrheitsverhältnisse aufbrechen. In dieser Frage sei eine rasche Klärung in der Partei notwendig. *)

Cécile Bühlmann teilt die Einschätzung von Hanspeter, dass es weiterhin eine starke grüne Partei brauche, die in diesem Land etwas verändern will und auch kann. Dazu brauche die Partei sowohl eine interessierte und engagierte Basis, wie auch herausragende Figuren in den Kantonen und auf nationaler Ebene, die diesen guten Ideen zum Durchbruch verhelfen würden. Beides gehöre zusammen, auch wenn manchmal ein Spannungsverhältnis bestünde.

Cécile würdigt das jahrelange politische Wirken von Hanspeter, speziell in den letzten zwei Präsidiums Jahren, verdankt seinen grossen Einsatz und überreicht ihm ein Geschenk.

In einem Rückblick auf die Herbstsession erwähnt Cécile den Einsatz der Grünen beim Raumplanungsgesetz und in der Landwirtschaftspolitik. Bei der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe ist die Lastwagenlobby nicht durchgedrungen. Auf das Rüstungsprogramm sind die Grünen nicht eingetreten. Cécile begrüsst die Abstimmungserfolge bei der Arbeitslosenversicherung und die Ablehnung der Initiative «Jugend ohne Drogen». Der Bundesrat hat sich erstmals im Parlament für eine ökologische Steuerreform ausgesprochen.

Gemeinderat Föhn begrüsst die Delegierten im Namen der Gemeinde Bunnen und ruft zur Zusammenarbeit von Grünen und Gewerbe auf.

2. Statutarisches

Als Stimmzähler werden Stefan Paradowski, Markus Mauchle, Egon Schneebeili und Franz Fuchs gewählt.

Das Protokoll der letzten Delegiertenversammlung wird mit dem Zusatz «allein» zum Votum von Martin Künzle und einer Ergänzung am Schluss des Protokolls genehmigt.

Erica Hennequin stellt den ersten Teil der Statutenrevision zum Thema Co-Präsidium vor. Der Antrag des Vorstandes geht auf einen Vorschlag der Coordination romande zurück. Ein Co-Präsidium würde die Arbeitsteilung fördern sowie die Vertretung von Frauen und Männern sowie der verschiedenen Sprachregionen ermöglichen. Mit dem vorliegenden Vorschlag schaffen wir grundsätzlich die Möglichkeit für ein Co-Präsidium.

In der Diskussion beantragt Christian Thomas im Namen der Zürcher Delegierten, dass das Co-Präsidium nur aus einer Person der französisch- oder italienischsprachigen und der deutschsprachigen Schweiz zusammengesetzt sein könne. Miguel Misteli plädiert für Ablehnung des Antrages, im Zeitalter der zunehmenden Globalisierung sei der Unterschied Frau/Mann wichtiger als der Unterschied zwischen Sprachregionen. Roland Ostermann wehrt sich gegen das Votum Misteli. Die Romands seien eine Minderheit und bräuchten einen entsprechenden Schutz in den Statuten. Peter Hofmann schlägt eine andere Formulierung für den Zürcher Antrag vor: «Ein Co-Präsidium darf nicht aus Personen der gleichen Sprachregion bestehen.» «Zürich» ist mit dieser Abänderung einverstanden. Patrizia Rebmann beantragt im Namen der Grünen Aargau, bei Annahme des Zürcher Antrages eine für vier Jahre gültige Ausnahmebestimmung aufzunehmen.

Nach weiteren Stellungnahmen folgt die Abstimmung. Zuerst wird über den Aargauer Antrag (Ausnahmebestimmung) abgestimmt. Er wird mit offensichtlichem Mehr abgelehnt. Der modifizierte Zürcher Antrag (Zweisprachigkeit) wird mit 62 zu 39 Stimmen angenommen. Der um die Zweisprachigkeit ergänzte Antrag des Vorstandes auf Schaffung der Möglichkeit eines Präsidiums wird mit 86 zu 10 Stimmen angenommen.

3. Wahl PräsidentIn

Bernhard Pulver stellt den Kandidaten Ruedi Baumann vor. Ruedi sei eine kompetente und profilierte Person, die einen frischen politischen Stil pflege. Er trete für ökologische und soziale Rahmenbedingungen für die Modernisierung ein. Ruedi sei in den Medien sehr präsent und verfüge mit dem Nationalratsmandat über eine wichtige Voraussetzung für die Präsidentschaft.

Ruedi Baumann erwähnt, dass er in der Öffentlichkeit als Landwirtschaftspolitiker bekannt sei. Als Mitglied der nationalrätlichen Wirtschafts- und Finanzkommission habe er sich aber mit einer Vielfalt von Themen auseinandergesetzt. Die kommenden Debatten über Gen-Schutz, ökologische Steuerreform und Kleinbauern-Initiative würde er gerne mittragen. Er stelle, ausgehend von Genf und dem Waadtland, einen neuen Aufschwung der Grünen fest. Wir sollten jetzt dafür sorgen, dass wir 1999 mit möglichst vielen NationalrätInnen grüne Ideen nach Bern tragen könnten. Für ein Co-Präsidium stehe er nach reiflicher Überlegung nicht zur Verfügung. Er erwarte von der Partei klare Entscheide.

Lukas Ott stellt die Kandidatin Esther Maag Zimmer als Hoffnungsträgerin vor. Im Gegensatz zu Ruedi stehe Esther sowohl für ein Co-Präsidium wie für den Einzel-Vorsitz zur Verfügung. Sie sei als Kantonalpolitikerin und ehemalige kantonale Parteipräsidentin qualifiziert. Sie stärke die wichtige Präsenz der Grünen in den Kantonen und betone die Verschränkung ausserparlamentarischer Politik und parlamentarischer Arbeit.

Esther Maag stellt am Beispiel eines Wolfsrudels dar, dass nur gemeinsam grosse Aufgaben geschafft werden können. Als politisch relevante Kraft müssten die Grünen als geeinte Kraft auftreten. Der Dialog müsse mit allen Seiten geführt werden als Zwei-Weg-Kommunikation mit Basis, MandatsträgerInnen. Sie habe ihre politische Heimat in ökologischen Fragen, sehe aber die politische Zukunft der Grünen vermehrt auch in sozialen Fragen. Gesundheit, Bildung und Kulturpolitik würden sie ebenfalls interessieren. Bei einigen Themen sei sie auf die Zusammenarbeit mit der Basis und mit Fachleute angewiesen.

Giorgio Canonica stellt Werner Nussbaumer vor. Werner sei nicht nur politisch bei den Grünen, sondern lebe auch grün. Giorgio verweist auf dessen Engagement bei den Ärztinnen und Ärzten für Umweltschutz. Ohne Werner würde es die Tessiner Grünen nicht geben. Er würde sich auch für ein Co-Präsidium zur Verfügung stellen. Die Grünen müssten der Motor gegen die bedrohliche Globalisierung sein. Werner sei dafür die richtige Wahl.

Werner Nussbaumer wendet sich dreisprachig an die Delegierten. Er erwähnt die Kritik der Zürcher Grünen an der schweizerischen Partei. Er teile diese Kritik. Die Parteileitung habe eine zurückhaltende Realpolitik betrieben, den Sozialisten zuviel «grünen» Freiraum gelassen, die Regierungsbeteiligung diskutiert statt Oppositionspolitik betrieben. Die Schweiz müsse in internationalen Gremien wie der UNO mitmachen. Ein Beitritt zur EU, zur NATO oder zur sogenannten «Partnerschaft für den Frieden» lehne er jedoch ab. WTO und Weltbank müssten radikal kritisiert werden. *)

In der Diskussion melden sich Reto Gmür und Alexandra Heeb im Namen der Jungen Grünen Alternative. Die Grünen leben nicht vor allem von Strukturen, sondern von der Kreativität der Aktivistinnen und Aktivisten auf allen Ebenen. Die Grünen seien nicht durch Parlamentsarbeit attraktiv geworden und müssten provokative und spannende Botschaften an die Öffentlichkeit bringen. Die Kenntnis der Dossier sei nicht einzige Voraussetzung.

Die Grünen seien radikal anders als die SP. Die JGA habe sich mit der Idee eines Schattenbundesrates in die Diskussion eingemischt. Der Schattenbundesrat könnte zukunftssträchtige Visionen entwickeln. Eine Nichtparlamentarierin als Präsidentin wäre die richtige Ergänzung zur parlamentarischen Arbeit der Fraktion.

Christian Thomas nimmt eine Einschätzung der KandidatInnen vor. Ruedi Baumann sei ein einflussreicher Parlamentarier. Er sei aber ein in die politische Auseinandersetzung gestellter Bulldozer und würde die Kräfte, die seine Meinung nicht vertreten, schwächen. Werner Nussbaumer kämpfe mit guten Argumenten in und ausserhalb der Partei. Er werde ihm deshalb im ersten Wahlgang die Stimme geben. Esther Maag würde so gut zuhören, wie sie reden kann. Er hofft, dass es ihr gelingt, fruchtbare Auseinandersetzungen in Gang zu bringen. Er werde sie deshalb im zweiten Wahlgang wählen.

Ruedi Tschannen erwartet von der Partei, dass diese ökologische Anliegen auf allen Ebenen umsetze. Sie könne das nur tun, wenn sie auch wahrgenommen werde, und dies erfolge stark über nationale Themen. Eine politische Partei müsse alle Möglichkeiten nutzen, politische Anliegen umzusetzen. Wir hätten die Chance, mit Ruedi Baumann eine Person zu wählen, die national bekannt ist und

die unsere Anliegen gut vertreten könne. Diese Wirkung helfe auch in den Kantonen und Gemeinden.

Felix Müller stellt fest, dass es bei diesen Wahlen auch um die zukünftige Rolle der Fraktion gehe. Im Vorfeld der Wahlen hätten verschiedene Fraktionsmitglieder geäußert, dass nur ein Nationalratsmitglied die notwendige Dossierkenntnis und Medienpräsenz garantiere. Dies werde gerade von einer Fraktion moniert, die sich über die mangelnde Medienaufmerksamkeit beklagte. Der Vorstand habe mit seiner Nomination die Hoffnung ausgedrückt, dass in dieser Partei eine eigenständige, von der Fraktion unabhängige Position erarbeitet werde. Dafür sei Ruedi Baumann der falsche Kandidat. Er wolle selbst Programm sein, möglichst absolute Meinungsäußerungsfreiheit für sich beanspruchen und er gebe zu verstehen, dass für ihn Parteistrukturen ein notwendiges Übel seien. Davon habe der Vorstand offensichtlich genug. Der Vorstand wolle jemanden an der Spitze der Partei, die oder der Entschiede aus den Gremien heraus herbeiführe und die bisherigen Entschiede ernst nehme. Der Stil von Ruedi Baumann, der in der Öffentlichkeit Spontanpositionen setzen wolle, die nachher in der Partei legitimiert werden sollten, sei passé. Sollte dies der Weg der Partei sein, so werde sich heute an der Basis der Partei eine Gegenbewegung aufbauen, die sich artikulieren werde und Ruedis pointiertes Auftreten beachtlich relativieren werde. Esther Maag stehe für das integrale und integrative Wahrnehmen der Partei und für einen differenzierten Auftritt. Ruedi Baumann stehe für das Bisherige, für die Fortsetzung des alten Konzeptes, das keinen Erfolg hatte. Felix möchte auch die Frage stellen, ob es opportun sei, einen Parteipräsidenten zu haben, der mit einer SP-Nationalrätin verheiratet sei. Esther Maag stehe für das Neue und Jugendliche, das unsere Wurzeln in Erinnerung ruft, aber auch einen neuen Geist in die Partei bringen wird.

Kurt Bachmann sieht sich als Mann der Basis. Ruedi Baumann habe vieles im Nationalrat vertreten, und viele Ideen gar zu schnell aufgegeben, was wichtig gewesen sei. Er habe das Gefühl, die NationalrätInnen würden im Namen der Globalisierung und des EU-Beitrittes alles aufgeben, was für Grüne wichtig sei. Die Grüne Partei sei keine Mehrheitspartei und könne auch keine sein. Er plädiert für ein Co-Präsidium mit Werner als Vertreter der bisher zu kurz gekommenen Tessiner und mit Esther.

Rosmarie Bär empfindet die Rede von Felix Müller als den absoluten Tiefpunkt seit Gründung der Partei. Es gebe neben Differenzen doch ein gemeinsames Ziel: Wir wollen die nächsten Wahlen wieder gewinnen. Nicht zum Selbstzweck, sondern weil die Schweiz eine starke Grüne Partei mit ihren Inhalten brauche. Diese Positionen seien in demokratischen Entscheidungsfindungen herbeigeführt worden.

Es brauche neben diesen inhaltlichen Positionen Leute mit einem klaren Profil. Die Grünen würden an einem Durchschnittssyndrom leiden. Mit Ruedi stehe der überschnittliche Kandidat mit Profil zur Verfügung.

Luzius Theiler ist erfreut, dass Esther Maag weiterhin für ein Co-Präsidium zur Verfügung stehe. Damit ist die ideale Lösung mit einem Co-Präsidium von Esther Maag und Werner Nussbaumer aufgezeigt. Damit wären zwei Sprachgruppen, aber auch Mann und Frau und VertreterInnen der zwei europapolitischen Tendenzen im Präsidium vertreten. Er begrüsst die Diskussionsbereitschaft von Esther und kennt Werner als kompetenten Mitstreiter. Ruedi wolle die Partei wie ein Konzern führen. Dies entspreche nicht grünem Verständnis. Grüne liessen sich nicht dirigieren, sondern nur überzeugen. Er stellt formell den Antrag auf ein Co-Präsidium Nussbaumer/Maag.

Daniel Vischer sieht die Wahl als Richtungswahl. Es gehe um eine Diskussion um den Stand der Grünen und der Schweiz im Prozess der Globalisierung. Er konstatiert in diesem Land Stillstand - auch die Partei sei davon nicht ausgenommen. Auch Schröder behauptete, er wolle den Fortschritt kritisch begleiten. Es gehe heute nicht um EU-Beitritt oder nicht, es gehe um eine klare Position in der Frage, ob wir eine Antiglobalisierungskraft seien. Er traut Esther Maag eher zu, diese Diskussion überhaupt zu ermöglichen.

Roland Wiprächtiger ist sauer aufgestossen, dass Felix Müller den Delegierten mit innerparteilichem Zwist gedroht habe. Er finde dies unerhört.

Ruedi Vögtlin freut sich über die Qualität der zur Auswahl stehenden KandidatInnen. Ein Biobauer würde sich als Aushängeschild ganz besonders eignen. Wir bräuchten eine kompetente Persönlichkeit, die die Grünen nach aussen gut vertreten kann und eine Sprache spreche, die auch NormalbürgerInnen verstünden. Die Frage eines EU-Beitrittes werde von der Delegiertenversammlung getroffen und nicht vom Präsidenten.

Cécile Bühlmann erlebte Ruedi Baumann in der Fraktion als zuverlässigen und effizienten Kollegen. Er habe die Fähigkeit, komplizierte Sachverhalte verständlich darzulegen. Er sei an Ergebnissen und messbare Resultate interessiert und würde sich dementsprechend einsetzen. Mit Ruedi wären wir im Gespräch. Ruedi könne auch provozieren und sei nicht gefeit vor populistischen Tendenzen, aber er sei auch gesprächsbereit. Die Fraktion schlage Ruedi zur Wahl vor, weil sie überzeugt sei, dass wir seinen unermüdlichen Power brauchen könnten.

Der Tagespräsident beantragt, die Redeliste auf dem jetzigen Stand einzufrieren. Dies wird mit 46 zu 31 Stimmen gutgeheissen.

Lukas Ott gibt Antwort auf den Antrag von Luzius Theiler. Esther Maag habe die grundsätz-liche Bereitschaft für ein Co-Präsidium formuliert. Nach der Statutenrevision fehle aber die Möglichkeit, ein Co-Präsidium mit einer Person aus der Bundespolitik sowie aus den Kantonen zu bilden. Jetzt mache dieser Antrag keinen Sinn mehr.

Esther Guyer interessiert nicht nur, *dass* wir in den Medien kommen, sondern auch mit welchen *Inhalten*. Es reiche nicht, wenn Ruedi erst nachträglich über Entscheide informiere. Wir dürften nicht immer von Streit reden, sondern Diskussionen führen und Mehrheiten suchen und akzeptieren. Dazu seien auch ZürcherInnen in der Lage. Sie traue es Esther Maag zu, dass sie sich bekannt machen kann - alle hätten so angefangen.

Verena Diener traut es Esther Maag durchaus zu, dass sie sich in der Politik etablieren würde. Trotzdem spricht sie sich für Ruedi Baumann aus. Er spreche eine Sprache, die verstanden werde, und überzeuge mit einem inneren Feuer. Wir sind gut positioniert, aber wir müssten unsere Positionen auch verkaufen. In den nächsten zwei Jahren würden wir nicht leicht gehört. Wir müssten deshalb unsere Kräfte sammeln, damit wir gemeinsam in den nächsten Wahlen wahrgenommen, unsere demokratisch entstandenen Positionen gut verkauft und letztlich auch umgesetzt würden.

Felix Wirz nimmt zur Zusammenarbeit des Vorstandes und der Partei Stellung. Er geht davon aus, dass die Grünen einen starken Vorstand und eine starke Fraktion mit einem optimalen Zusammenspiel benötigten. Dazu gehöre aber auch eine starke Spitze, die die geleistete Arbeit auch wirklich nach aussen tragen könne.

Martin Bäumle will eine andere Stimme von der Basis in Zürich sein. Wie ein Teil der Zürcher Kantonalpartei sich verhalten habe, sei seiner Ansicht nach der Grünen unwürdig. Ein Co-Präsidium käme für ihn nur in Frage, wenn sich ein Team zur Verfügung stellen würde. Es gehe heute um eine Wahl der/des beste(n) KandidatIn. Über Inhalte werde später entschieden. Er habe zwar manchmal etwas Mühe mit Ruedi Baumann's autokratischem Stil, er sei für ihn heute aber die einzige Wahl, da er das notwendige Rüstzeug mitbringe.

Luc Recordon spricht aus einer gewissen Distanz, da er der einzige Redner der Westschweiz sei und die aktuelle Auseinandersetzung sich eher innerhalb der Deutschschweiz abspiele. Er habe den Eindruck, dass viele Voten dazu gebraucht würden, offene Rechnungen

zu begleichen, sowohl unter Kantonalparteien wie auch gegenüber der SP. Die Grünen müssten endlich eine eigene Identität entwickeln und sich nicht in Abgrenzung anderen gegenüber definieren. Die Identität müsse von der gesamten Partei erarbeitet werden und hänge nicht einfach von der Präsidentschaft ab. Er habe den Eindruck, dass Ruedi Baumann ein glaubwürdiger Präsident sein könne, der in der ganzen Schweiz gehört werde.

Martin Künzle befürchtet aufgrund der schriftlichen Unterlagen, dass mit Ruedi Baumann Diskussionen vor allem in der Europafrage abgeblockt werden. Ruedi Baumann sei durch seinen Äusserungen nicht wählbar geworden.

Marlène Burri plädiert für ein Co-Präsidium. Dieses sei ein Zeichen für die von uns unterstützte Arbeitsteilung und in der jetzigen Situation die beste Lösung.

Der Tagespräsident gibt bekannt, dass der Antrag betreffend Co-Präsidium gegenstandslos sei, weil keine entsprechenden Kandidaturen vorliegen würden.

In der Schlussrunde der KandidatInnen bedauert Werner Nussbaumer, dass über ihn kaum diskutiert wurde. Als Tessiner sei er in der Minderheit, vor allem in der Deutschschweiz fehle das Verständnis dafür. Er sei seit Jahren für die Grünen aktiv, einen inhaltlichen Hinderungsgrund für seine Wahl gebe es nicht. Er habe das Gefühl, dass die Partei von einer kleinen Gruppe geführt werde, die wenig auf die Basis achte. Esther Maag hat das Gefühl, sie werde von Kreisen instrumentalisiert, die Ruedi Baumann einfach nicht wollen. Sie glauben offensichtlich, sie sei besser «führbar». Für ein solches Präsidium stehe sie nicht zur Verfügung, sie lasse sich nicht instrumentalisieren. Ruedi Baumann verzichtet auf ein Schlussvotum.

Adrian Schmid erläutert das Verfahren zur Abstimmung. Die Zusammensetzung des Wahlbüros (Stimmenzähler und VizepräsidentInnen) wird stillschweigend gutgeheissen. Der Vorschlag des Vorstandes nach geheimer Wahl wird mit überwiegendem Mehr angenommen. Nach der Auszählung gibt Hanspeter Thür das Resultat der Wahl bekannt:

Eingegangene Stimmzettel	108	
Ungültige Stimmzettell		
Gültige Stimmzettell	107	
Leere Stimmzettel	0	
Absolutes Mehr	54	
Stimmen	64	Ruedi Baumann
	31	Esther Maag Zimmer
	12	Werner Nussbaumer

Ruedi Baumann ist somit im ersten Wahlgang als neuer Präsident der Grünen Partei der Schweiz gewählt. Ruedi Baumann bedankt seine Wahl. Er freue sich auf die Zusammenarbeit mit den Gremien der Partei und möchte, dass in Zukunft wieder gute grüne Politik gemacht werden könne.

Heidi Meinzolt, Vorstandsmitglied der Föderation grüner Parteien in Europa, begrüsst die Delegierten und stellt die Ziele und Strukturen der Europäischen Grünen vor.

4. Referendum gegen die Revision des Raumplanungsgesetzes

Ruedi Baumann hält die ganze Teilrevision des Raumplanungsgesetzes für verfehlt. Sie bringe nichts, füge der Landwirtschaft und der Landschaft grossen Schaden zu. Der Nichteintretensantrag der Grünen wurde im Nationalrat abgelehnt. Die Revision bedeute eine Gefahr für die Landwirtschaftszonen und verstärke den Trend zu einer industrialisierten Landwirtschaft. Der richtige Trend zum Nebenerwerb dürfe nicht auf Kosten der Landschaft gehen.

In der Abstimmung wird die Lancierung des Referendums gegen die Revision des Raumplanungsgesetzes einstimmig beschlossen.

5. Revision der Statuten 2. Teil

Antrag des Vorstandes: Kompetenz für Vorstand zur Einsetzung einer Geschäftsleitung:

Adrian Schmid hält die Schaffung einer operativ und organisatorisch tätigen Geschäftsleitung für sinnvoll. Sie sei ein konkretes Ergebnis der im Vorstand geführten Strukturdiskussion. Es liege ein Antrag mit Kann-Formulierung vor. Abstimmung: Angenommen mit deutlicher Mehrheit bei 2 Gegenstimmen.

Erhöhung der Delegiertenzahlen:

Felix Wirz erläutert, dass die Zahl der Delegierten nach den letzten Wahlen zurückgegangen ist. Dies solle jetzt korrigiert werden. Die nationalen ParlamentarierInnen sowie der Vorstand sollen automatisch auch Delegierte sein. Pierre Santschi präzisiert, dass nur das höchste der drei Kriterien massgebend für die Sitzzuteilung ist. Martin Bäumle beantragt, im Sinne der Gewaltenteilung den Vorstandsmitgliedern keine Delegiertenstimme zuzugestehen. Nach weiteren Voten erfolgt die Abstimmung: Der Streichungsantrag Bäumle wird mit 32 Ja zu 33 Nein abgelehnt, der Antrag des Vorstandes bei 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen angenommen.

Kantonalparteien / Logo:

Barbara von Escher erläutert den Antrag der Grünen Freien Liste (GFL). Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und der heutigen Diskussionen zieht sie den Antrag zurück. Die GFL werde auf dieses Thema aber zu gegebener Zeit zurückkommen.

Angleichung Deutsch / Französisch:

Mit den vorliegenden Anträgen wird versucht, die zwei Versionen anzugleichen und einige logische Korrekturen vorzunehmen. Pierre Santschi erkundigt sich nach den genauen Fristen für Statutenrevisionen. Dies wird ausführlich beantwortet (siehe Ablaufschema DV in Beilage). Nach einigen Klärungsfragen folgt die Abstimmung über das Paket der Anträge. Sie werden mit 53 Ja zu 2 Nein bei 3 Enthaltungen gutgeheissen.

6. Verschiedenes

Daniele Jenni schlägt im Namen der Grünen Partei Bern eine Resolution mit dem Titel «Bilaterale Verkehrsverhandlungen mit der EU: Grüne zum Referendum bereit». Das Referendum sei zwar bereit angedroht. In letzter Zeit sei aber die Ansicht aufgetaucht, dass die Transitabgabe bei gleichzeitiger Subventionierung des Bahnverkehrs auch tiefer ausfallen könne. Die Referendumsdrohung sei deshalb in diesem Punkt zu präzisieren. Bernhard Pulver beantragt hingegen Nichteintreten auf die Resolution. Die letzte DV habe ausführlich zur Frage der bilateralen Verkehrsverhandlungen Stellung genommen und die Referendumsdrohung wiederholt. Er wird darin von Pia Hollenstein und Hanspeter Thür unterstützt. Giorgio Canonica sieht bei einem nicht bestrittenen Inhalt keinen Grund, nicht einzutreten.

Ein Ordnungsantrag auf Ende der Diskussion wird mit 39 Ja zu 9 Nein bei 4 Enthaltungen angenommen. Der Antrag Pulver auf Nichteintreten wird mit 39 Ja zu 12 Nein angenommen.

**) Das Referat kann im Sekretariat bezogen werden.*

Bern, 28. November 1997

Für das Protokoll: Felix Wirz, Sekretär